

**TOP 1 - Aktuelle Stunde**

**"Straftaten bei Mai-Krawallen entschlossen nachgehen-Gewalt  
gegen Polizisten stoppen"**

**Rede des  
Landtagsabgeordneten  
Karsten Rudolph**

**anlässlich  
der Plenarsitzung am 06. Mai 2009**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere demokratische Gesellschaft und auch die politische Kultur unseres Landes zeichnen sich nach der Befreiung vom NS-Regime und von der SED-Diktatur vor allen Dingen durch zwei großartige Leistungen aus.

Die eine besteht darin, dass wir jedwede Gewaltanwendung aus der politischen Auseinandersetzung verbannen, weil für uns Argumente zählen und nicht das Recht des Stärkeren.

Die zweite große Leistung liegt darin, dass das staatliche Gewaltmonopol ausschließlich und ausnahmslos beim demokratischen Rechtsstaat liegt. Jeder, der versucht, sich dieses Gewaltmonopol anzumaßen, hat nicht die Freiheit, sondern Unterdrückung, hat nicht die Demokratie, sondern Diktatur im Sinn.

Als SPD-Fraktion sagen wir ganz klar: Diese zwei Errungenschaften unserer Demokratie lassen wir uns von Extremisten, egal, woher sie kommen,- nicht kaputt machen.

Nun wissen Sie: Rechtsextreme bestreiten diesen zivilisatorischen Fortschritt auf eine besondere Weise. Sie richten ihre Gewalt vor allen Dingen gegen Schwächere, gegen politisch Andersdenkende, gegen diejenigen, die sie einschüchtern wollen. Sie wollen den ganz normalen Bürger und die ganz normale Bürgerin einschüchtern, indem sie ein Klima der Angst erzeugen. Deswegen ist es ganz wichtig, dass weder der Staat mit seiner Polizei noch die Zivilgesellschaft mit ihren engagierten Bürgerinnen und Bürgern vor dieser Bedrohung zurückweichen.

Die neue Qualität des Rechtsextremismus in unserer Zeit liegt vor allen Dingen in zwei Tendenzen begründet.

Die von ihm verursachte Kriminalität in Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren signifikant gestiegen und hat im Jahr 2008 noch einmal sprunghaft zugelegt. Sie kennen den Bericht des Verfassungsschutzes für das Jahr 2008. In diesem Bericht wird davon gesprochen, dass wir es von einem zum anderen Jahr mit einem Anstieg rechtsextremer Gewaltkriminalität

in unserem Land um mehr als 25% zu tun haben. Die Verstöße gegen das Versammlungsrecht haben sich in diesem Zeitraum versechsfacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der Punkt, an dem Quantität in Qualität umzuschlagen beginnt.

Rechtsextreme Gewalt kann nicht länger als eine unliebsame Randerscheinung abgetan werden, mit der sich die Polizei oder die Gerichte herumzuschlagen haben.

Die zweite Tendenz – das zeigt der Überfall auf den friedlichen Maiumzug des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Dortmund – stellt in der Tat ebenfalls eine neue Dimension rechtsextremer Gewalt dar.

Denn hier wurde das Versammlungsrecht oder, wie Johannes Rau es

immer genannt hat, die Pressefreiheit des kleinen Mannes angegriffen. Hier wurde bewusst Jagd auf Andersdenkende gemacht; hier wurde die brutale Auseinandersetzung mit der Polizei gesucht – und nicht nur mit ihr.

Den verletzten Polizeibeamten, aber auch den verletzten Bürgerinnen und Bürgern, die es auch gegeben hat, gehört deshalb unsere Anteilnahme.

Ihnen gilt unser Wunsch nach baldiger Genesung und unser Dank dafür, dass sie das Recht, sich friedlich zu versammeln, beschützt oder auch nur genutzt haben.

Wir verbinden dies mit der klaren Erwartung, dass die Schläger und Gewalttäter nach Recht und Gesetz zur Verantwortung gezogen werden. Denn wir sind tolerant, aber wir dulden keine Gewalt in unseren Städten.

Es wird zu Recht beklagt, dass überzeugten Gewalttätern mit pädagogischen Konzepten allein nicht beizukommen ist. Zu Recht wird auch ein Mantra der Politik kritisiert, wenn auf klare Worte nicht auch entschiedenes Handeln folgt. Ich glaube, in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nützt es nichts, wenn die Generalsekretäre von CDU und FDP wir haben das der Presse der letzten Tage entnommen – miteinander streiten. Das sind Kindereien.

Es ist richtig, Herr Kollege Engel, dass Sie auf die Zahlen bei der Bereitschaftspolizei hingewiesen haben. Aber ich gebe Ihnen den Rat: Überlegen Sie noch mal, ob es wirklich gut und angebracht war, die 794 Stellen im Polizeibereich – nach Auskunft des Parlamentarischen Gutachterdienstes – in diesem Haushalt zu streichen! Denn die Stellenstreichungen führen natürlich auch zu einer erschwerten Arbeit der Polizei insgesamt, aber auch der Staatsschutzkommissariate.

Wir fordern von der Landesregierung, dass sie demnächst im Plenum des Landtags ein Handlungskonzept für Demokratie und gegen Extremismus vorlegt. Wir bieten Ihnen dafür noch mal ausdrücklich die inzwischen gewachsene Tradition der Zusammenarbeit aller Fraktionen an, die wir in einer gemeinsamen EntschlieÙung vom Dezember 2007 zum Ausdruck gebracht haben. Wir glauben nämlich, dass die neue Qualität rechtsextremer Gewalt eine gemeinsame Antwort aller Demokraten in diesem Hause erfordert.

In einem solchen Handlungskonzept sollte die Landesregierung erstens ihr Leitbild für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vorstellen. Uns kommt es vor allen Dingen darauf an, dass wir jetzt die kontinuierliche und auch verlässliche Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft für Demokratie und gegen Extremismus garantieren. Denn die neue Qualität des Rechtsextremismus verlangt eben auch eine gesamtgesellschaftliche Antwort.

Wir schlagen Ihnen zweitens vor, dass der Landespräventionsrat die präventive Arbeit

überprüft und uns, dem Parlament und der Landesregierung, entsprechende Vorschläge zur Verbesserung macht. Hierfür muss er auf gesunde finanzielle Füße gestellt werden, und er muss sich weiterer Experten aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft bedienen können.

Wir schlagen Ihnen drittens vor: Bauen wir gemeinsam landesweit ein Beratungsnetzwerk auf, in dem die staatlichen Kooperationspartner von der Polizei über das Schulministerium bis zum Integrationsbeauftragten der Landesregierung mit nichtstaatlichen Kooperationspartnern, die es vom DGB bis zum Weißen Ring zuhauf gibt, konkret zusammenarbeiten!

Wir schlagen Ihnen viertens vor: Richten Sie eine Koordinierungsstelle für Demokratie gegen Rechtsextremismus ein, die auch die ressortübergreifenden Vorhaben der Landesregierung entsprechend koordiniert und bündelt!

Schließlich: Wer wirksam und nachhaltig etwas gegen Rechtsextremismus tun will, der braucht dafür auch Geld. Wenn Sie Geld für die Aufstellung eines landeseigenen Förderprogramms brauchen, werden Sie die Sozialdemokratie mit Sicherheit an Ihrer Seite haben, weil es richtig und gut ist, die Arbeit der örtlichen und regionalen Initiativen auch finanziell zu unterstützen. Denn wir können die Abwehr des Neonazismus in Dortmund nicht allein den örtlichen Gruppen, nicht allein der örtlichen Polizei überlassen. Das muss eine gemeinsame Anstrengung des gesamten Landes werden. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.